

Theresia zu gedenken, welche unter dem Schutze unserer geliebten Kaiserin die Schaffung eines Kaiserin-Zitakospitals in die Hand genommen hat.

Aber beseitigt werden kann die Wiener Spitalsnot nur, wenn alle berufenen Faktoren das nachholen, was an Wien versäumt worden ist; in dieser Hinsicht sind die in der Sitzung des Herrenhauses vom 21. Juli l. J. hinsichtlich der Ausgestaltung des Gesundheitswesens gefassten Beschlüsse wärmstens zu begrüßen: die Schaffung der Ministerien für soziale Fürsorge und Volksgesundheit, von welchen erwartet werden darf, daß sie ihre Aufgabe ausschließlich in der Förderung des Gesamtwohles der Bevölkerung erblicken werden; die vorgeschlagenen Maßnahmen zur Wahrung des Bestandes unserer Wiener medizinischen Schule und die vorübergehende Inanspruchnahme der während des Krieges geschaffenen zur Unterbringung von Kranken geeigneten Barackenbauten für Zwecke der öffentlichen Gesundheitspflege.

Es bleibt zu bedenken, daß die Benützung der Baracken nur vorübergehend sein kann, denn sie dürften einerseits wegen ihrer provisorischen Bauart und andererseits, weil sie das Stadtbild verunglimpfen und die bauliche Ausgestaltung der Stadt behindern, nicht länger als unbedingt notwendig, erhalten bleiben. Eine endgültige Regelung des ganzen Spitalswesens erscheint daher dringend geboten und es ist anzustreben, daß im Einkommen mit der Stadt Wien und dem Lande Niederösterreich schon jetzt ein definitives Spitalsprogramm aufgestellt und möglichst noch während des Provisoriums, das durch die Ausnützung der Barackenbauten gewährt ist, zur Ausführung gebracht werde.

In der morgigen Sitzung des Wiener Gemeinderates wird der Antrag gestellt, es seien zu dem Zwecke um eine brauchbare Grundlage für die Errichtung einer n.-ö. Krankenanstaltskommission zu schaffen, sofort unter Beiziehung von Vertretern der Ärzteschaft und der Krankenkassen Verhandlungen mit der Regierung und dem Landesauschusse einzuleiten. Eine solche Kommission dürfte ein taugliches Mittel sein, in der Spitalsfrage Ordnung zu schaffen. Diese Kommission würde sich nicht nur mit der Sanierung bestehender und der Errichtung neuer Krankenhäuser allein, sondern gleichzeitig mit der Schaffung von Lungenheilstätten, Anstalten für Geschlechtskranke und Strophulose, Genesungsheimen und Siedeanstalten, mit Einrichtungen für Hauskrankenpflege und Krankenbeförderung befassen haben. Weiters müßte sie mit Rücksicht auf die bestehende und noch in Zunahme begriffene Wohnungsnot die Verlegung der noch im Stadtgebiete befindlichen alten Krankenanstalten an die Peripherie vorbereiten; einem eigenen Transaktionsauschusse aber wäre zur Vermeidung von Uebergriffen der Baupetulation die Durchführung zu übertragen.

Vor allem aber wäre es dringend geboten, endlich einmal im geschlichen Wege festzulegen, wer zur Errichtung und Erhaltung von Krankenanstalten überhaupt verpflichtet ist, wobei darauf Rücksicht genommen werden muß, daß nicht die Städte allein Träger der gesamten, aus der Errichtung und dem Betrieb von Krankenanstalten erwachsenden Lasten sein können, sondern daß auch das flache Land nach Maßgabe der Inanspruchnahme der Krankenfürsorge-Einrichtungen durch die ständliche Bevölkerung zur Ertragung dieser Lasten mit herangezogen werden müsse.

## Die Wiener Spitalsnot.

Wien, 23. Oktober.

Mit tiefer Besorgnis müssen jeden Menschenfreund die Verheerungen erfüllen, welche die erschreckende Zunahme der Tuberkulose und der venerischen Erkrankungen dem Volksleben zufügt; es ist dies eine der traurigsten Begleiterscheinungen des Krieges, mit deren Bekämpfung nicht gezögert werden darf. Aber mit den bisherigen Mitteln kann der Kampf gegen diese fürchterliche Gefahr nicht durchgeführt werden; waren ja schon vor dem Kriege die Mittel, die zur Heilung der Kranken zur Verfügung standen, gänzlich unzureichend.

Die Wiener Spitalsnot ist eine Klage von Jahrzehnten und der k. k. Krankenanstaltsfonds ist nicht in der Lage, sie zu beheben. Die Gemeinde Wien hat keine Verpflichtung, für Spitäler vorzusehen; trotzdem hat sie in dieser Not eingegriffen und hat getan, was mit den beschränkten Mitteln einer Gemeinde in dieser Hinsicht geschaffen werden kann: es wurde jedes Unternehmen gefördert, welches Spitalsbetten zu schaffen bezweckte, Spitalsstiftungen wurden mit Ueberlassung billiger Gründe unterstützt, wie das Preyersche Kinderspital in Favoriten und das Kinderspital am Alsengrund, für die Errichtung des Kaiserjubiläums-Kinderspital am Flöhensteig wurden zwei Millionen Kronen gewidmet und es wurde schließlich mit einem Aufwande von elf Millionen Kronen das Kaiserjubiläumsspital der Stadt Wien in Lainz errichtet. Erst in jüngster Zeit hat die Gemeinde Wien durch den Beschluß zur Errichtung einer Kaiser-Karl-Tuberkuloseheimstätte, die den Kostenbetrag von 1 Million Kronen erfordert, das Ihre zur Bekämpfung dieser Volkskrankheit geleistet. Mit dem tiefsten Danke ist bei dieser Gelegenheit des hochherzigen Entschlusses der Frau Erzherzogin Maria